Staatswillkür & Resilienz - der Schlinge entgehen

Categories : Deutschland verlassen, Hauptartikel

[vc_row][vc_column][vc_column_text]

Die Schlinge um den Hals des Bürgers wird immer enger geschnürt.

In den Ausschüssen der Europäischen Union herrscht mittlerweile Einigkeit darüber, dass ein

zentrales EU-Vermögensregister

eingerichtet werden soll. Dieses Vorhaben wird erhebliche Auswirkungen auf jeden Einzelnen haben. Alles deutet auf eine umfassende Erfassung des Vermögens aller Bürger der EU hin. Dies würde bedeuten, dass die Vermögenssituation jedes Bürgers per Knopfdruck von einer neu zu schaffenden Zentralbehörde einsehbar wäre.

Welche Daten werden im Vermögensregister erfasst?

Neben ausländischem Immobilienbesitz, Fahrzeugen, Bargeldbeständen und Kryptowährungen sollen auch Vermögenswerte wie Schmuck, Antiquitäten und Kunstwerke erfasst werden.

Warum das alles?

Die transparente Erfassung des Bürgervermögens in seiner Gesamtheit kann als Grundlage für spätere Umverteilungsmaßnahmen in Form eines Lastenausgleichs für die Regierenden dienlich sein.

Neben den Behörden zur Geldwäschebekämpfung, Finanzbehörden und Strafverfolgungsbehörden sollen selbst Personen mit sog. „berechtigtem Interesse“, wie Journalisten, Organisationen der Zivilgesellschaft und Hochschuleinrichtungen, Zugang zu den Vermögensdaten des Registers erhalten.

Das ist nur ein aktuelles Beispiel. Um den Hals des Bürgers hängen schon viele Schlingen wie auch die elektronische Patientenakte ab 2024 als Standard.

Es ist Zeit sich dagegen abzusichern!

Deutschland 1961:

Die Menschen verließen die DDR, immer mehr und immer mehr. Es war problemlos, von Ostberlin nach Westberlin mit der S-Bahn zu fahren. Viele fuhren aber nicht mehr zurück.

Darüber wurde seinerzeit massiv und jubilierend in der BILD-Zeitung berichtet. „Jetzt 1000 Personen geflüchtet!“ - „Die Zahl der Flüchtlinge ist auf 1800 gestiegen.“ - „Flüchtlingszahl bei

3000 angekommen.“ - „Wann ist die Ostzone ausgeblutet?“ Und so weiter…

Großtante Gerda von mir wohnte in Babelsberg, also im Osten. Die meisten anderen Verwandten von ihr wohnten in Berlin-Spandau. Es bestand eine gute S-Bahn Verbindung. „Das geht nicht mehr lange gut“, sagte Tante Gerda. Wochenende für Wochenende holte sie kofferweise das ihr wichtige Hab und Gut aus Babelsberg nach Spandau und bereitete ihre Flucht akribisch vor. Den letzten vollen Koffer holte sie am 20. August 1961 nach Spandau und blieb dann auch dort.

Wir wir am 21. August 1961 erleben mußten, war sie „dem Totengräber von der Schippe gesprungen“. Nur noch einmal mehr zurück nach Babelsberg, und sie wäre nicht mehr nach Spandau gekommen - hätte in ihrer nahezu ausgeräumten Wohnung festgesessen.

„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“,

log Walter Ulbricht noch am 15. Juni 1961 auf einer Pressekonferenz im Ostsektor von Berlin, der sog. „Hauptstadt der DDR“.

Am 21. August 1961 wurde die Mauer errichtet, erst nur Stacheldraht, dann immer mehr Beton und Schießbefehl. Berlin war über Nacht geteilt. Die Menschen im Osten hatten nun weitgehend ihre Freiheiten verloren.

Deutschland 2023:

Immer mehr Deutsche verlassen das seit Jahrzehnten wiedervereinigte Deutschland. Jedes Jahr kehren mehr als 200.000 Deutsche ihrer Heimat den Rücken. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) leben mit 3,8 Millionen rund 5% aller Deutschen im Ausland. Es sind qualifizierte Menschen die auswandern. Studien zufolge handelt es sich bei deutschen Auswanderern vor allem um junge, meist hoch qualifizierte Menschen zwischen 20 und 40 (Durchschnittsalter von 37). Rund drei Viertel haben ein abgeschlossenes Studium. Führungspersonal, Akademiker, Techniker und Fachkräfte machen den Löwenanteil aus. Sie ertragen die Situation im Land nicht mehr, erkennen die Schiefe Ebene, auf der es immer weiter abwärts geht.

Tatsache ist, daß Intelligenz flüchtet und „ersetzt“ wird durch kulturfremde Menschen ohne hinreichende Ausbildung, die nutzlos sind für den Arbeitsmarkt und der Gemeinschaft nur auf der Tasche liegen, von der erhöhten Gewaltbereitschaft gar nicht zu reden.

Nur gelegentlich wird von dieser neuen Fluchtwelle von der Systempresse berichtet.

Aber der deutschen Obrigkeit ist diese Fluchtwelle natürlich aufgefallen wie die Bedrohung für

Deutschland, die daraus folgt.

Nur zieht man nicht die richtigen Schlüsse daraus, nämlich das Land wieder lebenswert zu machen. Die Menschen sollen, wie zu Walter Ulbrichts Zeiten, an der Flucht gehindert werden. Statt auf Beton, Stacheldraht und Schießbefehl greift man auf andere Methoden zurück – Walter Ulbricht hätte seine Freude an den neuen Methoden.

- Teilweise flüchtet nur das Geld auf Auslandskonten, teilweise im Namen von Offshoregesellschaften.
- Dagegen hat man in üblicher Kooperation mit den anderen westlichen Industriestaaten das Bankkonten-Informationssystem CRS in Stellungen gebracht.
- Ein Deutscher muß dem Finanzamt seine Beteiligung an Auslandsgesellschafren melden, wenn sie mehr als 1% beträgt – diese 1%-Schwelle wird auch noch fallen.
- Rechtsanwälte und Steuerberater in Deutschland müssen dem Finanzamt einen Hinweis geben, wenn sie es nur für „möglich“ halten, dass Ihr Mandant eine steueroptimierende Maßnahme ergreifen könnte – das darf ihrem Mandanten aber nicht einmal verraten werden.

Jurisdiktionen in anderen Regionen dieser Welt werden „schwarz“ oder „grau“ gelistet, wenn sie nicht Informationen von Bankdaten, Gesellschafts- und Grundstücksregistern etc. dem westlichen Kartell der Industriestaaten zugänglich machen. Panama beispielsweise wird im Oktober 2023 aus der grauen Liste entfernt werden, was Banktransfers wieder weniger kompliziert machen wird. Panama hat neue Regeln eingeführt, die so viel Diskretion wie möglich retten sollen. Was letztendlich wirklich rettet, ist die panamaische Residencia, der ständige Wohnsitz. Residenten werden als Inländer betrachtet, und es werden keine Daten aus Panama versandt.

Die Staatsbürgerschaften per Investition (Citizenship by Investment – CBI Programme) sind den westlichen Industrienationen ein besonderes Dorn im Auge.

Dem pazifischen Südseestaat Vanuato (Mitglied des Commonwealth) drohte man, seinen Bürgern die visafreie Einreise in den Schengenraum zu entziehen, wenn es seine Regeln zur Erringung der Staatsbürgerschaft nicht ändern würde. Vanuato blieb standhaft. Nun muß ein Paßinhaber (Staatsbürger) von Vanuato halt individuell ein Visum beantragen. Im Ergebnis eine

leicht abzuarbeitende Formalie, für die USA und China muß man schließlich auch Visa beantragen. Aber einfach strukturierte Menschen schreckt das ab.

Mit einer identischen Drohung hat man zuletzt auch St. Kitts & Nevis konfrontiert. Leider diesmal mit Erfolg. Man hielt dort die visafreie Einreise in den Schengenraum für unverzichtbar.

Die Investitionsvorgaben für die Erringung der Staatsbürgerschaft wurden jüngst verdoppelt, die Bearbeitungsgebühren deutlich angehoben. Was aber darüberhinaus sehr negativ ist: Alle Due-Diligence-Prüfungen von der Citizenship by Investment Unit werden ausgelagert und in Auftrag gegeben an sog. “unabhängige Fachfirmen” aus dem Vereinigten Königreich, den USA und Europa.

Wenn nun diese Prüfung in Europa an eine dortige “Fachfirma” ausgelagert wird, dann muß diese vor Ort – also ggf. in Deutschland – alles auf seine Richtigkeit prüfen. Die jeweilige Behörde fragt nun die “Fachfirma”, wozu die Auskunft benötigt wird. Damit erfährt Deutschland in diesem Moment, dass einer seiner Staatsbürger eine neue Staatsbürgerschaft anstrebt.

Deutschland wird sich nun darauf vorbereiten. Das heißt, man wird prüfen, wo man finanzielle Restriktionen einsetzen kann.

- Gibt es noch eine Immobilie des Antragstellers in Deutschland?
- Hat er eine deutsche Kapitalgesellschaft?
- Welche Vermögenswerte hat er darüberhinaus noch in Deutschland und wo?

Es werden alle Register gezogen werden, um Wegzugbesteuerungen etc. zu sichern und durchzusetzen. Davor wiederum sicher kann nur sein, wer vor Beantragung der Staatsbürgerschaft in St. Kitts & Nevis all diese Vermögenswerte aufgelöst und sie ins sichere außereuropäische Ausland verlagert hat. Wir vermuten ganz stark, daß diese Konsequenz in St. Kitts & Nevis niemandem bewußt war. Aber nun ist das Kind in den Brunnen gefallen.

Die Diskretion der juristischen Personen in Nevis ist davon aber nicht betroffen. Es handelt sich nämlich nicht um juristische Personen aus St. Kitts & Nevis, sondern um juristische Personen allein des Bundesstaates Nevis, für das das Völkerrechtssubjekt der Föderation St. Kitts & Nevis keinerlei Kompetenz hat.

Der große Gewinner ist nun tatsächlich Vanuato.

Nicht nur wegen seiner

- weiter mehr als 100 visafreien Reisezielen,
- kostengünstigen Einbürgerung,
- Diskretion des recht einfachen Einbürgerungsverfahrens,
- diskreten Kapitalgesellschaften,
- Diskretion des durchaus hochwertigen Bankensektors.

Da kommt noch ein hochinteressanter Sonderfaktor dazu:

Als Staatsbürger von Vanuato kann man Resident in Dubai werden. Warum das besonders interessant ist:

Die Vereinigten Arabischen Emirate, wozu nicht zuletzt die Metropole Dubai gehört, beteiligen sich am Automatisierten Informationsaustausch CRS und entgehen dergestalt den Sanktionen der westlichen Industriestaaten.

Von Dubai aus weltweit agieren als Staatsbürger von Vanuato.

Zwischen den VAR und Vanuato (eh kein CRS Vertragspartner) gibt es kein bilaterales Abkommen als Voraussetzung der Praktizierung des CRS; wozu auch?

Vanuato ist völlig steuerfrei!

Die einzuschlagende Strategie ist offensichtlich:

- Als Staatsbürger Vanuatos Residencia in Dubai erwerben.
- Als Staatsbürger Vanuatos in Dubai Bankkonten eröffnen.
- Als Staatsbürger Vanuatos Kapitalgesellschft(en) in Dubai begründen.
- Als Staatsbürger Vanuatos Geschäftskonten in Dubai eröffnen.
- Als Staatsbürger von Vanuato und Resident von Dubai weltweit steuerfrei Geschäfte machen.

Auf diese Strategie hat das Kartell der westlichen Industrienationen keine Antwort.

Zum Kontaktformular

- Signal: +50762543093
- Telegram: PrivacidadPanama
- Threema: DUZBB44E

[/vc_column_text][/vc_column][/vc_row]